



BERLINER NOTIZEN

www.dorothee-schlegel.de

Mai 2017

Liebe Genossinnen und Genossen,
Liebe Freundinnen und Freunde,

Dr. Dorothee Schlegel
Mitglied des
Deutschen Bundestages

Termine:

06.06. 11:00 Uhr:
Traditioneller Behörden-
Frühschoppen der Stadt
Ravenstein im Schloss Mer-
chingen

06.06. 16:30 Uhr:
Vernissage Fotoausstel-
lung: „Ein Meer der Ge-
schichten – Damaskus vor
dem Krieg“ im Mosbacher
Wahlkreisbüro

08.06. 19:00 Uhr:
Abend der Begegnung der
Begegnungsstätte Oster-
burken (BBO), Baulandhalle
in Osterburken

09.06. 19:00 Uhr:
Weinfesteröffnung, Rathaus
– Marktplatz in Lauda

Weitere Termine unter:
www.dorothee-schlegel.de

1000 Dank an **Manuela Schwesig** für ihre erfolgreiche Arbeit als Bundesfamilienministerin.

Ihr Abschiedsgeschenk haben wir noch an ihrem letzten Arbeitstag im Bundestag beschlossen: die Anhebung der Altersgrenze beim Unterhaltsvorschuss von 12 auf 18 Jahre. Eine große Erleichterung für fast eine Million Alleinerziehender und ihre Kinder!

Für ihre Aufgabe als **Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern** wünsche ich gutes Gelingen.

Mein Glückwunsch geht ebenso an **Katarina Barley**. Als SPD-Generalsekretärin hat sie einen tollen Job geleistet. Mit gleicher Kraft und politischer Willensstärke wird sie im Familienministerium agieren.

Für das **Projekt Gleichstellung** wünsche ich ihr eine glückliche Hand.

Das Ende der Wahlperiode und der Wahlkampf rücken näher:

Mit **Martin Schulz als Bundeskanzler** wollen wir



Gerechtigkeit – Zukunft – Europa

Eine konsequente Friedenspolitik, ein starkes und einiges Europa, Investitionen in die Zukunft unserer Kinder – und mehr Gerechtigkeit.

unser Land gerechter machen, damit es erfolgreich und modern bleibt. **Deutschland geht es gut**, aber viele Menschen haben noch nichts davon. Wir wollen das ändern und zeigen mit unserem Programm: **Es macht einen Unterschied, wer im Kanzleramt sitzt!**

Froh bin ich als Berichterstatterin für Gleichstellung, dass wir in der Großen Koalition wichtige **Verbesserungen für Familien, Alleinerziehende und Arbeitnehmer*innen** durchsetzen konnten.

Aber viele andere Vorschläge, mit denen wir uns um die konkreten Alltagsprobleme der Menschen kümmern, blockiert

die Union. Sie zeigt damit, dass es ihr an Respekt vor denen mangelt, die tagtäglich hart im Job und für die Familie arbeiten.

Welche Frau, die in der Teilzeitfalle sitzt, versteht, dass das Rückkehrrecht in Vollzeit am Bundeskanzleramt gescheitert ist? **Die Union bricht damit den Koalitionsvertrag.**

Mehr Rechte für Frauen sind mit CDU/CSU nicht zu machen. **Statt moderne Familienmodelle zu ermöglichen, gibt es mit der Union nur Stillstand.**

Das ist nicht nur frauenpolitisch von gestern, sondern auch wirtschaftlich unsinnig.

Als SPD bleiben wir dran und haben hierzu einen **Beschluss** gefasst. Das Thema wird nun in der Bundestagswahl entschieden.



Grafik Büro Katja Mast, MdB



Eure Dorothee

Unterhaltsvorschuss: Planungssicherheit für Alleinerziehende

Wir haben Alleinerziehenden eine ihrer vielen Sorgen abgenommen. Denn wir haben im Deutschen Bundestag am 1. Juni die **Ausweitung des Unterhaltsvorschusses für Alleinerziehende** beschlossen.

Diejenigen, die ohne Unterhaltszahlungen vom anderen Elternteil auskommen müssen, erhalten in Zukunft für ihre minderjährigen Kinder **länger Unterhaltsvorschuss**.

Danach entfallen die **bisherige Altersgrenze** von zwölf Jahren und die Höchstbezugsdauer von sechs Jahren.

Jetzt ab 1. Juli profitieren Alleinerziehende von der Verbesserung.

#Unterhaltsvorschuss

Wir entlasten Alleinerziehende und ihre Kinder.

Denn mit zunehmendem Alter der Kinder steigen die Kosten – für Kleidung, Freizeit und anderes.

Es ist für den Alleinerziehenden egal, ob Unterhaltsverpflichtete nicht zahlen können oder nicht zahlen **wollen**.

Wenn kein Geld vom Ex-Partner kommt, fehlt ihnen das Geld im

Portemonnaie. Oft geraten sie und ihre Kinder dann in **Armut**.

Alleinerziehende, zumeist Mütter, haben es im Alltag besonders schwer.

Sie müssen häufig die Erziehung ihrer Kinder und die alltäglichen Herausforderungen allein meistern.

Deshalb hatten wir besonders ihre Bedürfnisse im Blick, als wir zuletzt den steuerlichen Entlastungsbetrag und das Kindergeld erhöht haben.

Auch mit mehr Geld vom Bund für **mehr und bessere Kitaplätze** greifen wir gerade den Alleinerziehenden gezielt unter die Arme.

Elisabeth Selbert: Kämpferin für Gleichstellung wird geehrt

Pünktlich zum 23. Mai, dem Tag des Grundgesetzes, fiel die Entscheidung: Die **Sozialdemokratin Elisabeth Selbert**, eine engagierte Rechtsanwältin, wurde Namensgeberin für das Bundestagsgebäude Unter den Linden 62. Darauf verständigte sich der Ältestenrat des Bundestages.

Elisabeth Selbert, eine der **Mütter des Grundgesetzes**, war eine zentrale Vorkämpferin für mehr Gleichberechtigung von Männern und Frauen.

‘Männer und Frauen sind gleichberechtigt.’ Mit diesem Satz (GG Artikel 3) hat Elisabeth Selbert Geschichte geschrieben.

So selbstverständlich er heute klingt, so umstritten war er bei der Formulierung unseres Grundgesetzes. Ursprünglich sollte das Recht auf Gleichstellung im Grundgesetz abgeschwächt formuliert werden. Aber Elisabeth Selbert nahm das nicht hin und organisierte eine Öffentlichkeits-

kampagne von Frauenorganisationen, bis ihr Satz 1949 aufgenommen wurde. Damit hat sie für die **Gleichstellung von Frauen und Männern** Maßstäbe gesetzt.

Als Sozialdemokratin macht es mich stolz, dass die leidenschaftliche Juristin nun diese Ehrung erhält. Zeit ihres Lebens hat sie dafür gekämpft, dass die Gleichberechtigung nicht nur auf dem Papier steht. **Ihr Leben und Wirken ist auch heute noch Vorbild.**

Kindesmissbrauch und Gewalt gegen Frauen: Innere Sicherheit fängt zu Hause an!!!

Nein heißt Nein: Einstimmig haben wir am 1. Juni im Bundestag die **Istanbul-Konvention** beschlossen.

Dieses internationale Abkommen stuft **Gewalt gegen Frauen als Menschenrechtsverletzung** und als geschlechtsspezifische Diskriminierung ein. Europaweit werden Frauen so besser vor Gewalt geschützt. Nach wie vor gibt es in Deutschland häusliche Gewalt. 2015 waren es allein in

der Partnerschaft 104 000 Frauen. Es ist jetzt an der Zeit, die bestehenden Hilfsangebote auszubauen. Denn immer wieder müssen Frauenhäuser Frauen abweisen, weil sie keine Kapazitäten mehr haben.

Entsetzlich sind auch die weiterhin hohen Zahlen sexuellen Missbrauchs von Kindern. **100.000 Kinder und Jugendliche werden jährlich zu Opfern** – direkt vor unserer Haustür.

Noch immer wird zu viel weggeschaut, bagatellisiert und verdrängt. Mit großer Bestürzung habe ich von Vorwürfen gegen das Fecht-Internat in Tauberbischofsheim erfahren. Sie müssen restlos aufgeklärt werden. Wir brauchen als Gesellschaft – und vor allem die Kinder und Missbrauchsoffer – eine **Kultur des Hinschauens**.

„Denn innere Sicherheit fängt zu Hause an.“

Ungarn im europäischen Abseits?

Das Europaparlament hat ein **Rechtsstaatsverfahren gegen Ungarn** eingeleitet.

Dies hatten am 17. Mai in einer **Entschließung die Sozialdemokraten** gefordert. Auch einige Abgeordnete der konservativen EVP im Europaparlament konnten sich dazu durchringen, unserer Forderung zuzustimmen. Denn die **Verletzung europäischer Werte** in Ungarn hat ein besorgniserregendes Ausmaß angenommen. Die Orbán-Regierung steht nicht nur wegen ihres harschen Umgangs mit Asylbewerbern in der Kritik, sondern auch wegen neuer Gesetze, die die Tätigkeit von Zivilorganisationen und Universitäten einschränken sollen.

Das Verfahren sieht vor, dass die Lage in Ungarn auf die **Agenda des Europäischen Rates** kommt, der eine Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung europäischer Werte durch

die ungarische Regierung feststellen könnte.

Zunächst war eine Mehrheit für diesen Schritt im Parlament nicht sicher: Die konservativen Parteifreunde des ungarischen Ministerpräsidenten – auch von der CDU und der CSU aus Deutschland – halten weiter ihre schützende Hand über Viktor Orbán. Von ihnen haben viele gegen die Entschließung gestimmt.

Mir ist völlig unklar, wie CDU/CSU das ungarische Gebaren mit ihren eigenen Werten vereinbaren wollen. Denn der Umgang mit Schutzsuchenden in Ungarn ist **nicht christlich**, die Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit **nicht demokratisch** und die als Bürgerbefragung verbrämte Aktion ‚Stoppt Brüssel‘ ist **europafeindlich**. So stellt sich die ungarische Regierung immer weiter ins europäische Abseits – **mit Rückendeckung von CDU/CSU**.

Dabei ist die drohende Schließung der Central European University nur die Spitze des Eisbergs!

Seit Orbáns Amtsantritt vor sieben Jahren erleben wir, wie die ungarische Bevölkerung Schritt für Schritt ihres hart erkämpften Anspruchs auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit beraubt wird. Gleichzeitig schürt Orbán durch geschickt geführte Meinungskampagnen in seinem Land Vorurteile und Ängste gegen Flüchtlinge und gegen ein geeintes Europa.

Orbáns anti-demokratische Kampagne muss endlich ein Ende haben.

Wie schlecht muss die innenpolitische Situation sein, wenn nach außen hin ständig neue Sündenböcke gesucht werden. Innenpolitische Probleme dürfen nicht dazu führen, dass grundlegende demokratische Werte infrage gestellt werden.

Deutschland sollte Emmanuel Macrons Pläne für Europa unterstützen

Für Europa ist es zunächst eine sehr gute Nachricht, dass Marine Le Pen nicht französische Präsidentin geworden ist. Ihr Programm wäre es gewesen, Frankreich aus der EU und dem Euro herauszuführen.

Mit Emmanuel Macron ist ein Präsident gewählt worden, der das genaue Gegenteil vertritt: **mehr Europa und eine vertiefte Zusammenarbeit der EU-Staaten**. Die Wahl ist ein weiterer Weckruf für die Europäische Union. Die Menschen müssen wieder erleben, dass sich ein geeintes und soziales Europa positiv auf ihr eigenes Leben auswirkt.

Der neue französische Präsident will die **Europäische Union und die Eurozone grundlegend reformieren**. Dazu hat Macron bereits Vorschläge gemacht, die auf eine Weiterentwicklung der Europäischen Union hinauslaufen. **Darin sollten wir ihn unterstützen.**

Denn Macron ist die Gewähr dafür, dass es eine bessere Zusammenarbeit in Europa geben kann. Er wäre der perfekte zweite Reifen eines deutsch-französischen Tandems mit einem **Bundeskanzler Martin Schulz**.

Als Berichterstatterin für Gleichstellung im Europa-Ausschuss begrüße ich es beispielsweise, dass Emmanuel Macron auf der Wahlliste für die im Juni anstehenden Parlamentswahlen die **Parität von Frauen und Männern** anstrebt und sie auch durchsetzen wird.

Mit Macron hat Frankreich die Chance, in einem **gemeinsamen Kraftakt** aus der inzwischen langandauernden Wirtschaftskrise hinauszukommen.

Gemeinsamer Kraftakt deshalb, weil mit Edouard Philippe ein Mitglied der Republikaner neuer Ministerpräsident werden könnte.

Gemeinsamer Kraftakt auch deshalb, weil Macron darauf achtet, seine Wahlliste zu 50 % mit Vertreter*innen der Zivilgesellschaft zu besetzen.

Macron hat einiges vor: Er will das politisch-öffentliche Leben wieder normalisieren und weg von Anfeindungen und Skandalen. Als Skandal könnte hier gelten, dass der ehemalige Ministerpräsident Fillon jahrelang die eigene Ehefrau beschäftigt.

Und Macron plant **Reformen im Arbeitsmarktrecht**.

Für mich ist am wichtigsten, dass sich die EU bei Macron auf einen **überzeugten Europäer** verlassen kann.

Auf die im Juni stattfindenden Parlamentswahlen in Frankreich können wir also gespannt sein.

Leitbild für ein Miteinander in Vielfalt

Unsere Gesellschaft ist in den vergangenen Jahrzehnten vielfältiger geworden. Über Fragen von **Migration und Integration** wird immer wieder heftig gestritten, und wir erleben hier eine starke politische Polarisierung. Umso wichtiger finde ich einen **gemeinsamen Nenner** für das Zusammenleben und die Vielfalt einer **Einwanderungsgesellschaft**.

Dafür brauchen wir ein Leitbild, aber keine Leitkultur.

"Wir brauchen dieses Leitbild, weil unsere Einstellung zur Einwanderung das Selbstverständnis von Staat und Gesellschaft berührt. Unser Umgang mit Vielfalt und gerechte Teilhabemöglichkeiten sind

Gradmesser für unsere Demokratie, den sozialen Frieden und Sicherheit", so Staatsministerin Aydan Özoğuz.



Die wichtigsten Botschaften dieses Leitbilds sind:

- **Einwanderung ist Normalität.** Ob wir dafür sind oder dagegen: Ein- und Auswanderung sind Teil einer globalisierten Welt. Wir brauchen ein Einwanderungsgesetz, das klare Regeln schafft für

alle Formen der Migration – unabhängig vom unantastbaren Grundrecht auf politisches Asyl.

- **Deutschland ist ein Einwanderungsland und Vielfalt ist eine Tatsache.** Danach müssen wir handeln. Wir brauchen ein positives Bekenntnis zu Vielfalt und gleichberechtigter Teilhabe.
- **Eine gerechte Gesellschaft bedeutet, dass alle teilhaben können.**
- **Diskriminierung verhindert Integration.**
- **Gemeinsamkeiten entstehen im Zusammenleben.**

[Das Leitbild zum Herunterladen.](#)

Beste Wünsche zum Fastenmonat Ramadan

Während vom 24. bis 28. Mai in Berlin und Wittenberg viele, viele Menschen christlichen und nichtchristlichen Glaubens am **36. evangelischen Kirchentag** teilnahmen, begann für die Menschen muslimischen Glaubens der Fastenmonat Ramadan.

Die SPD-Bundestagsfraktion sendet allen die **besten Wünsche und ich persönlich auch.** Im Monat Ramadan wurde nach muslimischer Auf-

fassung der Koran herabgesandt. Diese besondere Zeit wird mit Fasten und innerer Einkehr von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang begangen. Das gemeinsame Fastenbrechen bringt viele Musliminnen und Muslime mit Familie und Freundinnen und Freunden zusammen. Dazu werden oft Gäste eingeladen.

Jedes Jahr freue ich mich auf die **Einladungen zum Iftar-Essen**, die mich im Wahlkreis erreichen.

Durch diese schöne Geste kommen sich auch Menschen unterschiedlicher Religionen und Kulturen in unserer Gesellschaft ein Stück näher.

Während Religion immer wieder als Begründung für Terror und Extremismus missbraucht wird, **stellen wir uns als SPD klar auf die Seite der großen Mehrheit der Musliminnen und Muslime, die den Islam als friedliche Religion in unserem Land leben.**

Rückgang der Zahlen: 2016 gab es 11.236 Petitionen

Auch 2016 gingen die Zahlen der Petitionen, die beim Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages eingereicht wurden, zurück.

Um Petitionen mitzudiskutieren oder zu unterstützen haben sich im vergangenen Jahr mehr als doppelt so viele Personen auf der [Petitionsplattform](#) des Ausschusses registriert als 2015. Wie sich Gesetze auf den Bürger auswirken, das erfährt der Petitionsausschuss aus erster Hand. Denn

Schreiben mit einer Bitte oder Beschwerde an den Bundestag landen beim Petitionsausschuss, der sie prüft und berät. Damit ist er ein Seismograf, der die Stimmung der Bevölkerung aufzeichnet. Ob die Gesetze das beabsichtigte Ziel erreichen oder zu neuen Problemen führen, oder ob der Bundestag in einem bestimmten Anliegen aktiv werden soll, das wissen seine Mitglieder am besten darzulegen.



Berlinbesuch einer Schulklasse der Realschule Boxberg – Dachterrasse Deutscher Bundestag

Gegen Autobahnprivatisierung: Neue Bund-Länder-Finanzbeziehungen

Die **Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichssystems** umfasst mehrere Bereiche:

- die **Digitalisierung**,
- die **Infrastrukturgesellschaft Verkehr**,
- den **Unterhaltsvorschuss** (siehe S. 2),
- die **Kontrollrechte des Bundesrechnungshofes** und
- die **kommunale Bildungsinfrastruktur**.

Das **Reformpaket** wurde nach zweijährigen Verhandlungen zwischen Bundesregierung und Ländern auf Druck unserer Fraktion an entscheidenden Stellen verändert. Diese Verhandlungsebene (**zwischen Ländern und Bundesregierung**), die so von der Verfassung nicht vorgesehen ist, habe ich sehr kritisch gesehen. Denn sie hat die Beratungen für uns im Bundestag

erschwert. Wir als SPD haben von Anfang an die **Ausweitung des Unterhaltsvorschusses** begrüßt. Damit unterstützen wir berufstätige Alleinerziehende und ihre Kinder.

Weiter sichern wir die finanzielle Handlungsfähigkeit von Ländern und Kommunen nach Auslaufen des Solidarpakts. Es ist ein Erfolg, dass das **Kooperationsverbot aufgebrochen** und der Bund nun 3,5 Milliarden Euro für **Bildungsinvestitionen in finanzschwachen Kommunen bereitstellen** kann.

Außerdem haben wir im Grundgesetz eine eindeutige Schranke **gegen die Privatisierung von Autobahnen** und Bundesstraßen wie auch der neuen Infrastrukturgesellschaft verankert. **Das Eigentum des Bundes an den Autobahnen und Bundesstraßen ist unveräußerlich**. Alle Hintertüren für eine mögliche Privatisierung sind in der

Verfassung selbst geschlossen worden. Für mich bestätigt diese Position, dass auch **ver.di und der Bundesrechnungshof** diese Erfolge des parlamentarischen Verfahrens, die die SPD erzielt hat, **ausdrücklich anerkennen**.

Die viel diskutierten Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP) gibt es bereits. Sie werden nicht erst durch dieses Reformpaket ermöglicht. Aber sie werden jetzt für ganze Streckennetze oder wesentliche Teile explizit ausgeschlossen.

Das ist eine wichtige Verbesserung: So haben wir im Grundgesetz ein **klares Zeichen gegen die Ausweitung von ÖPP** gesetzt.

[Weitere Infos im Video unserer Reihe fraktion+](#)

Gleichberechtigung für Frauen in der Wissenschaft endlich konsequent umsetzen

An deutschen Hochschulen sind mittlerweile mehr weibliche als männliche Studierende eingeschrieben. Trotzdem haben Frauen immer noch wesentlich schlechtere Chancen auf eine Karriere in Wissenschaft und Forschung. Der **weibliche Anteil in der Professorenschaft** stieg in den letzten Jahren kontinuierlich auf zuletzt 23 Prozent im Jahr 2015 an. Das ist noch immer viel zu wenig. Es ist

an der Zeit, endlich für konsequente Chancengleichheit zu sorgen. Darum begrüße ich die Entscheidung der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) für eine Bund-Länder-Vereinbarung. Sie sieht eine **Verlängerung des Professorinnen-Programms** über das Jahr 2017 hinaus vor. **Zusätzlich fordern wir eine Öffnung des Programms für Qualifikationsstufen vor der Professur**. Denn Frauen steigen

gerade auf dem Weg dorthin immer noch viel zu häufig aus Wissenschaft und Forschung aus. Neben der besseren Vereinbarkeit von Familie und wissenschaftlicher Berufung werden wir uns darum in der SPD-Bundestagsfraktion weiter für gute Arbeitsbedingungen des Forschungsnachwuchses einsetzen. Erste Weichen haben wir hierbei bereits mit dem **Wissenschaftszeitvertragsgesetz** gestellt.

Betriebsrenten stärken

Betriebsrenten sind eine sinnvolle Ergänzung zur gesetzlichen Rente.

Doch oft gibt es diese Möglichkeit der Altersvorsorge in **kleinen und mittleren Unternehmen** nicht.

Attraktiver wird die Betriebsrente jetzt für Arbeitnehmer*innen durch

zahlreiche Fördermaßnahmen, für Unternehmen und Arbeitnehmer*innen vor allem durch die Einführung der sogenannten **Zielrente**.

Damit müssen Arbeitgebende nicht mehr eine bestimmte Rentenhöhe garantieren, sondern nur noch die Zahlung der Beiträge.

Vor allem kleinere und mittlere Unternehmen sahen bisher häufig unkalkulierbare Risiken auf sich zukommen, wenn sie eine betriebliche Altersversorgung anbieten wollten.

Dieses Hindernis entfällt jetzt.

[Hintergrundinformationen zur Stärkung der betrieblichen Altersversorgung](#)



Eröffnung des Eckenbergtunnels in Adelsheim mit Heide Lochmann und Ralph Gaukel



BPA-Fahrt:
Besuchergruppe aus dem Wahlkreis mit Asyl-Paten aus Buchen



Besuch im Jüdischen Museum Creglingen mit den SPD Ortsvereinen Weikersheim, Niederstetten und Creglingen

www.juedisches-museum-creglingen.de



Jan Hiebert, Redakteur der Schülerzeitung „Der Schmierzeddl“ vom Eckenberg-Gymnasium Adelsheim, wurde von mir zu den Jugendpressetagen der SPD-Bundestagsfraktion eingeladen.



Besuch des Buchener Kindergartens „Sonnenschein“



Gespräche im estnischen Parlament zur aktuellen Europapolitik, den Brexit-Verhandlungen und den estnischen Erfahrungen in der Digitalisierung.

Delegationsreise des Europaausschusses in Tallinn

(Foto Erik Peinar)



Besuch der Astrid-Lindgren-Schule in Bofsheim

www.astridlindgrenschule.info



Diskussion am EU-Schulprojekttag mit etwa 60 Schüler*innen der Kaufmännischen Schule Bad Mergentheim (KSM) –

(v.l.n.r.: Lehrer Eberhard Vollmer, Schulleiter Wilhelm Ehrenfried und der Vorsitzende des Personalrats, Dietmar Breitenbacher)



Mitgliederversammlung der Jusos Main-Tauber



Schach auf Spitzenniveau zwischen Myanmar und dem Schachclub des Burghardt-Gymnasiums in Buchen

v.l.n.r. Schulleiter des BGB Jochen Schwab, Karlheinz Eisenbeiser, Lehrer am BGB und Mathias Kern, Pilot bei der Lufthansa



„Tag der Städtebauförderung“ in Freudenberg



„Wo drückt der Schuh?“, fragten wir Bürgerinnen und Bürger auf dem Mosbacher Wochenmarkt.



Für Fragen, Wünsche und Anregungen stehen mein starkes Team und ich gern zur Verfügung:

**Wahlkreisbüro
Neckar-Odenwald**

Badgasse 3
74821 Mosbach
Tel.: 06261 937 32 22
Fax: 06261 937 32 23

dorothee.schlegel.ma05@bundestag.de

Ralph Hornung
Nicole Nobel
Hilda Löser-Schäfer
Naile Sulejmani-Hoppe

Dr. Dorothee Schlegel, MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Paul-Löbe-Haus 5.133
Tel.: 030 227 74846
Fax: 030 227 76845

dorothee.schlegel@bundestag.de

Johannes Gamer
Silke Pachal
Carolin Vogt

**Wahlkreisbüro
Main-Tauber**

Marienstr.1
97922 Lauda-Königshofen
Tel.: 09343 589 68 16
Fax: 09343 589 13 48

dorothee.schlegel.ma04@bundestag.de

Renate Gaul



BERLINER NOTIZEN

www.dorothee-schlegel.de
www.facebook.com/dorothee.schlegel.spd